

# Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstag. Abonnementspreis bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 9. Januar 1892.

Inserate die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 M. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Holzstraße 12.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

Am 3. Januar 1892 fand in Stuttgart eine gemeinsame Sitzung des Vorstandes und des Ausschusses statt und bildete in derselben der am 14. März 1892 in Halberstadt stattfindende allgemeine Gewerkschafts-Kongress den Hauptgegenstand der Beratungen. Es wurde nach längerer eingehend gepflogener Debatte einstimmig beschlossen, den Kongress in Gemäßheit der Beschlüsse der Berliner Gewerkschafts-Konferenz zu beschicken und umgehend an die Verbandsmitglieder zur Ausführung dieses Beschlusses zu appellieren.

Wenngleich man geneigt war, den Beschluß des allgemeinen Metallarbeiter-Kongresses zu Frankfurt a. M., wonach der Kongress nur durch 3 Delegirte besetzt werden sollte, aufrecht zu erhalten, so war es andererseits doch keinen Augenblick zweifelhaft, daß der Kongress diesen Beschluß nur gefaßt hatte in der Voraussetzung, daß diese drei Delegirten die einzige Vertretung der auf dem Kongress in Frankfurt a. M. vertretenen Metallarbeiter repräsentieren sollten. Da nun seitens verschiedener, ebenfalls auf dem Frankfurter Kongresse vertretenen Metallarbeitergruppen dem obigen Beschlusse keine Beachtung geschenkt worden ist, weil angeblich nicht die Mehrzahl der deutschen Metallarbeiter hinter der Kongressbeschlüssen stehe, so ist unserer Ansicht nach der deutsche Metallarbeiter-Verband es den organisierten Arbeitern schuldig, endlich einmal den Beweis für die Haltlosigkeit derartiger Behauptungen zu erbringen.

Im Weiteren aber ist es bei der weittragenden Bedeutung, die die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses für die deutsche Gewerkschaftsbewegung haben, auch unbedingt notwendig, daß diejenigen Organisationen, die mit dem Organisationsentwurf der Generalkommission nicht einverstanden sind, mit aller Entschiedenheit und am richtigen Orte ihren Standpunkt in der Organisationsfrage zum Ausdruck bringen.

Aus den obigen Gründen, und um dem Vorwurfe, daß man nur leere Opposition und keine positiven Vorschläge mache, vorzubeugen, beschloß der Vorstand und Ausschuss folgende Resolution den Mitgliedern zur Diskussion zu unterbreiten:

Die Mitglieder des deutschen Metallarbeiter-Verbandes halten fest an der zu Frankfurt a. M. beschlossenen Organisationsform, in der Ueberzeugung, daß den in der Großindustrie beschäftigten Arbeitern ein wirksamer Rückhalt nur geboten werden kann, wenn sie sich in großen Organisationen vereinigen, die eine einheitliche Leitung ermöglichen und im Stande sind, gegebenen Falles ihre Mitglieder bei Lohnkämpfen u. aus eigenen Mitteln zu unterstützen.

Sie erklären sich bereit, ein Uebereinkommen sämtlicher Gewerkschaften

nach Kräften zu unterstützen, soweit es sich um eine gegenseitige Unterstützung bei außergewöhnlichen Lohnkämpfen handelt.

Zu diesem Behufe wird die Einrichtung einer Generalkasse empfohlen, in welche alle beteiligten Gewerkschaften — ein Zwang kann nicht stattfinden — einen nach näher zu bestimmenden, nach der Kopfzahl berechneten, Beitrag leisten. Im Bedarfsfalle erhalten die beteiligten Gewerkschaften aus dieser Kasse unverzinsliche Darlehen. Weitere nicht zurückzahlende Unterstützungen können, soweit die Verhältnisse es gestatten, gewährt werden.

Wird auf die genannte Unterstützung Anspruch erhoben, so ist die Zustimmung von mindestens Zweidritteln der beteiligten Gewerkschaften bzw. der von den einzelnen Gewerkschaften aufgestellten Beisitzer des Verwaltungsrathes erforderlich.

Der Verwaltungsrath besteht aus je einem Mitglied der beteiligten Gewerkschaften. Derselbe ernannt den Generalkassier sowie einen aus 5 Personen bestehenden Exekutiv-Ausschuss. Ersterer hat die Kasse zu verwalten, letzterer die Kassenführung zu überwachen und in Gemeinschaft mit dem Kassier die laufenden Geschäfte zu erledigen.

Weder der Generalkassier noch die Mitglieder des Exekutiv-Ausschusses dürfen eine leitende Stelle in einer Gewerkschaft bekleiden, um zu verhindern, daß die eine oder andere Gewerkschaft bevorzugt wird.

Nur der Generalkassier wird bezoldet; den Mitgliedern des Exekutiv-Ausschusses und des Verwaltungsrathes werden eventuell Vorausslagen vergütet und Diäten gewährt.

Die Exekutive hat kein Recht, eigenmächtig Sammlungen unter den Gewerkschaften zu veranstalten.

Wir ersuchen nun die Mitgliedschaften, umgehend Mitgliederversammlungen einzuberufen und Vorschläge für die aufzustellenden Kandidaten zu machen.

Zur Deckung der Unkosten wurde eine Extrasteuer von 15 M festgesetzt, welche von jedem Mitgliede zu entrichten und voll an die Hauptkasse abzuführen ist.

Das Wahlreglement, die Eintheilung der Wahlkreise, die Zahl der zu wählenden Delegirten, sowie die Zeit der Erhebung der Extrasteuer wird in nächster Nummer bekannt gemacht.

Mit kollegialem Gruß!

Stuttgart, 3. Januar 1892.

Der Vorstand:

A. Junge. Ed. Goldbach.  
Alexander Schlack.

Der Ausschuss:

E. Emmel. Karl Berger.

## Die ultramontane Presse und die Metallarbeiter-Zeitung.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ erfreut sich anerkannter Beachtung seitens der Zeitungen der ultramontanen

Partei. Vor einigen Monaten schon machte durch dieselben unter Anderem ein Artikel die Kunde, welcher der gewerkschaftlichen Organisation gewidmet war, und in dem sich der Korrespondent, der unter dem Zeichen des spitzen Winkels (<) zu schreiben pflegt, darüber aufhielt, daß die „Metallarbeiter-Zeitung“ die „Kleinagitation von Ohr zu Ohr“ besonders warm empfohlen habe und als Hauptsache für die Propaganda verlange, daß möglichst viel neue Organisationen gegründet und zu diesem Zwecke die Arbeiterbewegung von den Großstädten hinaus in die Provinz, in die kleinen Städte und auf die Dörfer getragen werde. Am meisten schien es damals dem ultramontanen Korrespondenten ärgerlich zu sein, daß die „Metallarbeiter-Zeitung“ hervorgehoben hatte, daß die gewerkschaftliche Organisation mit konfessionellen oder antireligiösen Bestrebungen durchaus nichts zu thun habe, daß vielmehr der Zweck des Verbandes nur darin bestehe, den „Berufsgenossen eine bessere Lebenshaltung zu erringen, und sie gegen Uebergriffe der Unternehmer zu schützen.“ Auf diese Weise erschwerte damals die „Metallarbeiter-Zeitung“ den Ultramontanen das so gern geübte Handwerk der Verleumdung der angeblich so wüthend religionsfeindlichen „bösen Sozialdemokraten.“

Deshalb mußte unser Bestreben dadurch nach Möglichkeit verächtigt werden, daß Aeußerungen, wie die oben wiedergegebene als Verdunklungsversuche hingestellt wurden, dazu bestimmt, die angebliche Thatsache zu verhüllen, daß all' unser Bemühen in Wahrheit hauptsächlich darauf gerichtet sei, jede Spur der Religion in den Herzen und Köpfen des Volkes zu vertilgen.

Und auch das ärgerte den betreffenden Korrespondenten, daß immer und überall in unseren Spalten der Klassenkampf zu Tage trete; er ermahnte daher, man solle sich nur ja nicht darüber Illusionen machen, daß sich „die deutschen Fachvereine zu Trades Unions nach englischem Muster ausgestalten“ könnten. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ habe es ja offen gesagt, daß die Sozialdemokraten in den Fachvereinen und Gewerkschaften eine führende Rolle hauptsächlich deshalb spielten, weil sie in den gewerkschaftlichen Vereinigungen ihre Pflicht erfüllen und „im Interesse ihrer Klasse handeln.“

Fatale Sache für die schwarzen Herren, daß die Wahrheit eine so einfache Sache ist! Es läßt sich gegen unsere Behauptung, daß die Sozialdemokraten gewissermaßen die geborenen Führer der Gewerkschaften sind oder — was am Ende auf ganz dasselbe hinausläuft —, daß die thätigsten Mitglieder der Fachvereine und Gewerkschaften durch das, was sie in Theorie und Praxis lernen, schließlich unfehlbar, zum mindesten in ihrer innersten Ueberzeugung, Sozialdemokraten werden, leider so gar nichts Haltbares einwenden.

Und wie sehr das die schwarzen Herren ärgert, das kommt immer wieder in ihrer Presse zu Tage. Diesmal verräth es

der Kreis-Korrespondent (O) des großen Zentrumsorgans für das Rheinland, der „Rheinischen Volks-Zeitung“, welcher in deren Sonntagsblatt vom 20. Dezember in einem größeren Artikel, überschrieben: „Behängnißvolle Unterlassung“ davon Kunde gibt. Befagter Scribifag findet es „ganz naturgemäß, daß der Einfluß der Gewerkschaften derjenigen Partei zu Gute kommt, welche sich am meisten um dieselben gekümmert hat“ und er gibt nur der Wahrheit die Ehre, wenn er fortfährt: „Das ist zweifellos die Sozialdemokratie.“ Auch darin können wir ihm nur Recht geben, daß die „sonst so rührige Zentrums-partei es bisher auf dem Gebiete der Gewerkschaftsorganisation sehr hat fehlen lassen“, den Gefallen aber können wir ihm nicht thun, daß wir an unsere Brust schlagen und reumüthig zugestehen, daß wir „ungerecht“ gewesen seien, als wir die Vertreter der ultramontanen Partei als „prinzipielle Gegner der Gewerkschaften“ bezeichneten. Wohlgerne, werthe „Rheinische Volkszeitung“! nicht, wie Du es gerne haben möchtest, die Katholiken, sondern die ultramontanen Führer derselben und derjenige Theil ihres Anhangs, der auf alles eigene Urtheil verzichtend mit diesen durch Dick und Dünn geht, — auf diese weisen wir auch heute ohne alle Schonung und Scheu hin, als auf prinzipielle Gegner der Gewerkschaften, welche wir zur Aufklärung unserer Leser — und wenn Ihr uns zehnmal „phrasenhaften Schwulst“ vorwerft — bei jeder Gelegenheit als das entlarven werden, was ihr thätiglich selbst, als Kulturfeinde, als verständnißlose oder, was schlimmer ist, böswillige Gegner des Kulturstrebens der Völker, als erbitterte Feinde der Gewerkschaften, die dem hohen und so durchaus berechtigten Streben, welches den geistigen Kern der Arbeiterbewegung ausmacht, bis tief in den Grund ihrer Seele hinab abhold sind, und wir lassen nur über die Behauptung der „Rheinischen Volkszeitung“, daß die Katholiken (!) sich der „Gewerkschaftsbewegung als solcher“ nicht feindlich gegenübergestellt hätten, — und noch mehr erregt unsere Heiterkeit die Versicherung, daß das beste Mittel, um der „an sich berechtigten Gewerkschaftsbewegung ihren sozialdemokratischen Charakter zu nehmen“, darin bestehe, daß die nicht-sozialdemokratischen Arbeiter sich an derselben beteiligen. Wir werden wahrhaftig Niemanden daran hindern, an der Gewerkschaftsbewegung Theil zu nehmen; im Gegentheil, — wir reiben uns die Hände, wenn wir hören, daß im ganzen ultramontanen Lager bis in dessen fernste Winkel hinein unser Aufwiderhall: Kommt her zu uns Alle, die ihr mühselig und beladen seid, ihr Professoren, ihr arbeitsüberhäufteten Besitzlosen, die ihr unter der Last des Daseinskampfes fast zusammenbrecht, denen die Arbeit das Leben verkürzt und verbittert, dieselbe Arbeit, welche für den, der sie in vernünftigen Maße zu betreiben



weiblichen Geschlechts erhöht auch diese Einrichtung die Erkrankungsrate, wenn gleich ein normal verlaufendes Wochenbett nicht unter die Erkrankungen gerechnet werden kann.

Die hohen Ziffern der Krankentage z. B. bei den englischen Hilfskassen, sowie bei Wien sind auf den Umstand zurückzuführen, daß diese Krankentage mit Invalidentagen verbunden sind und da, wo ein gewisser Abschluß der Krankheit und damit die völlige Invaliderität noch nicht festgestellt werden kann, noch längere Zeit Krankenunterstützung leisten. Die Tabelle zeigt, daß die schweizerischen Ziffern so ziemlich in der Mitte zwischen den nach oben und unten abweichenden Ziffern stehen und daß, wenn man sie zur Aufstellung von Normen zur Krankenversicherung benützt, keine großen Berechnungsfehler begangen werden können. Als Deutschland seine Krankenversicherung regelte, standen ihm Ergebnisse in dem Umfang und mit dem allgemeinen Charakter unserer Erhebung nicht zu Gebote. Die Eidgenossenschaft kann also mit größerer Sicherheit an's Werk gehen und es zu etwas Vollkommenerem gestalten, das unserer Republik auch Ehre macht. Z.

### Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter Oesterreichs.

Es ist noch nicht lange her, daß die Arbeiter Oesterreichs neuerdings der Bildung von Gewerkschaftsorganisationen ihre Aufmerksamkeit in erhöhter Maße zuwenden und sich die Förderung und Unterstützung derselben angelegen sein lassen. Immerhin muß aber konstatiert werden, daß während der kurzen Spanne Zeit — kaum zwei Jahre, während welcher neuerlich an die Schaffung von gewerkschaftlichen Organisationen für die Arbeiter der verschiedensten Berufszweige geschritten wurde, es die bewußten, von der Notwendigkeit derartiger Organisationen überzeugten Genossen an Eifer, Hingebung und Aufopferung wahrlich nicht fehlen ließen, um auch auf diesem Gebiete den Anforderungen der Gegenwart an die Kampfbereitschaft und Widerstandsfähigkeit der Arbeiterrechnung zu tragen. Galt es doch, Versäumtes nachzuholen und eine Lücke in der Organisation der österreichischen Arbeiter, deren Vorhandensein schon unterschiedliche Male recht empfindliche, nachteilige Folgen hatte, zu beseitigen.

Die größten Anstrengungen wurden also gemacht, keine Opfer wurden gescheut, um die Arbeiter Oesterreichs auch in Bezug auf die so gewichtige gewerkschaftliche Organisation den Arbeitern anderer Länder ebenbürtig zu machen, um ihnen jene Macht zu sichern, welche in dieser Organisation unstreitig liegt.

Frägt man aber nach dem Resultat der geschilberten angestrebten Thätigkeit, so fällt die Antwort sehr traurig aus. Es ist ein Leides, nachzuweisen, daß die bisher erzielten Resultate in gar keinem Verhältnis zu den gebrachten Opfern an Zeit, Geld und Kraft stehen. Warum dies so ist, wollen wir im Nachfolgenden untersuchen.

Bislang wurde schon behauptet, daß in Oesterreich gegenwärtig überhaupt noch kein Boden für eine gesunde, kräftige Gewerkschaftsbewegung vorhanden sei, da Oesterreich zu den in wirtschaftlicher Beziehung noch sehr rückständigen Ländern gehöre, die Entwicklung der Produktion noch lange nicht jene Höhe erreicht habe, wie in anderen Industrieländern, und es daher ganz klar sein müsse, daß für die Entwicklung von Gewerkschaftsorganisationen, welche ihrer Aufgabe entsprechen sollen, alle Vorbedingungen fehlen. Ohne die Richtigkeit dieser Behauptung, auf die wir ja später noch zurückkommen werden, vorläufig bestreiten zu wollen, sehen wir uns gezwungen, vor Allem eine Reihe

anderer Ursachen zu behandeln, welche gewissermaßen den Hemmschuh in der Entwicklung einer Gewerkschaftsorganisation überhaupt bilden. Wohl sonst in keinem der sogenannten zivilisierten Staaten Europas werden ihr von den verschiedensten Seiten solche, fast unüberwindliche Hindernisse in den Weg gelegt, wie in Oesterreich. Wenn wir nur z. B. das Verhalten der Regierung und ihrer Organe gegenüber den Organisationsbestrebungen der Arbeiter Oesterreichs ins Auge fassen wollen, so finden wir vor Allem bei diesen Faktoren eine Eugherzigkeit und Kurzsichtigkeit in dieser Sache, die wohl in der ganzen Welt ihresgleichen suchen und die im Verein mit unserer mehr als mangelhaften Vereinsgesetzgebung wohl im Stande sind, jedweden Versuch zur Schaffung einer umfassenden, mächtigen Organisation im Keime zu ersticken. Gerade die jüngste Zeit hat hierfür vielfache Beweise erbracht. Es gibt kaum einen Arbeiterverein, dessen Bildung auf das erstmalige Einreichen seiner Statuten bei der kompetenten Behörde bewilligt worden wäre. Ein-, zwei-, drei-, sogar viermaliges Zurückweisen von zur Genehmigung vorgelegten Statuten von Arbeitervereinen wurde unserer Behörde fast zur Gewohnheit. Und was mußte nicht Alles zur Begründung des abweislichen Bescheides herhalten. Wir sind in der Lage nachzuweisen, daß nicht nur in einem Falle, sondern in mehreren Fällen schon ganz unbedeutende, in dem vorgelegten Statuten-Entwurfe enthaltene nicht beabsichtigte Schreibfehler genügt, um die Bildung eines Vereins vorläufig zu unterlagen. Und wie man nun erst anlässlich der etwa versuchten Bildung von großen umfassenden Arbeiterorganisationen, denen man einen größeren Wirkungsbereich zu sichern beabsichtigt, vorgeht, das wollen wir lieber vorerst gar nicht schildern. Aber das Eine ist klar, wenn in Oesterreich schon ganz kleine Zweigorganisationen ungern gesehen werden, so hat man gegen große, mächtige Arbeitervereine eine womöglich noch größere Abneigung. Wenn man schon die Schaffung kleiner Vereine herzlich schwer macht, so stehen der Bildung und Entwicklung großer, und da meinen wir eben die Gewerkschaftsorganisation, geradezu ungeheure Hindernisse im Wege.

Nun besteht aber diese Voreingenommenheit der Behörden gegen Arbeiterorganisationen — worunter wir in unserem Falle natürlich die formellen Organisationen, die Vereine, verstehen — nicht nur allein bei deren Gründung, sondern unter der Abneigung der „Ordnungswächter“ haben die Vereine auch dann noch äußerst schwer zu leiden, wenn die Bildung derselben trotz aller angewendeten Schliche und Kniffe nicht mehr verhindert werden konnte. Ist z. B. das Statut eines Vereines, der seinen Wirkungsbereich etwas weiter ausdehnen will als nur auf den Raum eines kleinen, leicht zu überwachenden Wirthshauses, endlich nach mehrmaligem Einreichen des Statutes unter vielen Weh' und Ach's bewilligt worden, so folgt daraus noch lange nicht, daß etwa dieser Verein nun ohne weiteres ungehindert jene Thätigkeit entwickeln kann und darf, deren Ausübung ihm nach dem Wortlaute und dem Rahmen des bewilligten Statuts zustehen würde. Durchaus nicht im Gegentheil, er muß sich selbst noch nach bereits längerem, rechtlichen Bestande so mancher Beschränkung der ihm zustehenden Rechte, mannigfache „Korrekturen“ gefallen lassen. Wir wollen hierfür ein Beispiel anführen.

Einigen Vereinen, wie den Fachverbänden der Glasarbeiter in Nordböhmen, dem Vereine der Metallarbeiter in Schlesien u. s. w., wurden seitens der kompetenten Landesbehörden Statuten bewilligt, nach welchen auch die Errichtung von Ortsgruppen, resp. Zahlstellen, für

die nicht am Sitze des Vereines, sondern an anderen Orten der betreffenden Provinz wohnhaften Mitglieder vorgesehen ist. Wir bemerken von vornherein, daß diesen sogenannten Ortsgruppen nicht das mindeste von dem Charakter eines „Zweigvereines“, über welche unser Vereinsgesetz im § 10 besondere Bestimmungen enthält, anhaftet, und daß daher unsere Vereine mit Fug und Recht in dem Glauben sein konnten, solche Ortsgruppen errichten zu können, ohne erst noch auf den § 10 B.-G. Rücksicht nehmen zu müssen, umso mehr, als ja auch die bezüglichen Genehmigungsbefehle der Landesbehörden keinerlei Andeutungen enthielten, daß die Behörden die in dem Statut vorgezeichneten „Ortsgruppen“ ihrem Wesen nach als „Zweigvereine“ betrachten. Kurz, den Vereinen stand das statutenmäßige Recht zu, Ortsgruppen errichten zu dürfen, ohne auf weitere Bestimmungen Rücksicht nehmen zu müssen, als nur auf diejenigen des Statuts.

Was geschieht nun? Die Fachvereine in Nordböhmen z. B., von welchen bereits zwei über ein Jahr bestehen, errichteten während dieser Zeit eine große Zahl derlei Ortsgruppen und wurde in der Regel zu allem Ueberflusse das Lokal der Gruppe bei der zuständigen Bezirksbehörde angezeigt; und weder die Landes- noch die Bezirksbehörde hatte eine Einwendung gegen diesen Vorgang, von keiner Seite wurde das Verlangen gestellt, daß um die Genehmigung zur Bildung der Ortsgruppe besonders nachzusehen sei. Auf einmal, nach beinahe über einem Jahre, entdeckt man in Böhmen und Schlesien, daß die von den angeführten Vereinen errichteten Ortsgruppen nicht zu Recht bestehen, daß dieselben eigentlich als „Zweigvereine“ zu betrachten seien, und daß zur Bildung derselben durch Vorlage von Statuten für jede einzelne Ortsgruppe die behördliche Bewilligung einzuholen sei! Die „Ortsgruppen“ mußten geschlossen werden und deren Funktionäre wurden — bestraft. Man wird zugeben, daß für jeden Unbefangenen, selbst mit dem beschränktesten Unterthanenverstand, die Frage auftaucht: Ja, hat „man“ denn damals bei Genehmigung des Vereinsstatutes das Gesetz nicht gekannt oder verstanden, oder kennt oder versteht man es heute nicht? — In den österreichischen Gesetzen heißt es irgenbwo; „Unkenntnis der Gesetze schützt nicht vor Strafe, wenn man Thät gegen dieselben verfahren“, und in der That, wir haben es erfahren, daß man bei Arbeitern auch die kleinste, nichtisagendste „Uebertretung“ auf das empfindlichste ahndet. Passirt aber einmal gewissen „Organen“ das Malheur, sich über das Gesetz im Unklaren zu sein, so wird selbst noch lange Zeit hintnachher „korrigirt“, unbekümmert darum, daß Organisationen in ihren statutenmäßigen Rechten verkürzt oder sonstwie geschädigt werden.

Doch verlassen wir dieses Thema. An wenigen Beispielen, die sich aber bis in das Unendliche vermehren ließen, haben wir gezeigt, daß fast noch mehr als der Geist und der Wortlaut unseres unstreitbar ohnehin mangelhaften Vereinsgesetzes, dessen Durchführung und Handhabung durch die hiezu berufenen Organe der Schaffung und Entwicklung von Arbeiterorganisationen, insbesondere gewerkschaftlicher, über alle Gebühr hinderlich sind. Schreiten wir weiter. Große, erbitterte Gegner finden die Arbeiterorganisationen in den Herren Unternehmern, den sogenannten „Arbeitgebern“. So manche Organisation, so mancher Arbeiter hätte hiebei ein nettes Liedchen singen. Gibt es doch für unsere Fabrikanten nichts Greulicheres als so einen Arbeiterverein. Von jeher war den „Arbeitgebern“ jede Organisation der von ihnen Geknechteten und Ausgebeuteten ein Dorn im Auge, und nun gar eine Gewerk-

schaftsorganisation, die sich zu allem noch erkrecht, ihre Nase in die Arbeitsbedingungen hineinzustecken, welche sich annimmt, auf eine Regelung und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse offenkundig hinzuarbeiten, zumindest darauf Einfluß zu nehmen.

Könnten unsere Unternehmer allen derartigen Organisationen der Arbeiter auf einmal das Lebenslicht ausblauen, sie würden es herzlich gerne thun. Das „Recht auf ungemessene Ausbeutung“ des einzelnen Schutz- und mehrlosen Arbeiters ist für sie ein „heiliges Ding“ und jede Beeinflussung des „freien Arbeitsvertrages“ durch Andere ist ihnen in der Seele verhaßt.

Man weiß wohl warum. Ist doch für den modernen Fabrikanten nur sein eigenes persönliches Interesse einzig und allein maßgebend. Geistliche Schranken in Bezug auf die unmensliche Ausbeutung der Arbeitskraft seiner Lohnsklaven sind ihm heute nur wenig oder fast gar nicht gezogen. Er kann auch heute noch nach Belieben den Lohn drücken, auch heute noch nach Belieben die Arbeitszeit verlängern, auch heute noch nach Belieben in seinem Betriebe die Arbeiter schädigende und entwürdigende Einrichtungen treffen. Fast Niemand außer den Arbeitern kümmert sich darum. Und da kann man es wohl glauben, daß ihm eine Sinnigung der Arbeiterorganisationen unbehaglich, ja geradezu verhaßt ist.

Es kann nichts überzeugender für die Wichtigkeit und Nothwendigkeit von Gewerkschaftsorganisationen für die industriellen Arbeiter sprechen als die nahezu unbegrenzte Abneigung, welche die Herren „Unternehmer“ gegen derlei Verbindungen hegen. Wie sehr unseren Fabrikanten die Gewerksvereine unliebe sind, beweist das von ihrer Seite in letzter Zeit an ihre Arbeiter immer häufiger gestellte Ansinnen, aus dem Vereine, dem dieselben etwa angehören, auszutreten, oder aber, im Weigerungsfalle, den Arbeitsposten aufzugeben, resp. mit dem Straßenpflaster für längere Zeit Bekanntschaft zu machen. Und was dies für den modernen Industriearbeiter bedeutet, das wissen Viele aus Erfahrung. Unser modernes privatkapitalistisches Wirtschaftssystem, der Egoismus, welcher die Glieder der sogenannten „Gesellschaft“ beherrscht, die Sucht, in möglichst kurzer Zeit möglichst viel zu verdienen, d. h. aus einem Unternehmen den denkbar größten Gewinn herauszuschlagen, lassen es eben für den Fabrikanten in der Gegenwart mehr als wünschenswerth erscheinen, Arbeiter zu bestrafen, die zwar gerade so viel Verstandeskraft und Fähigkeiten besitzen, um die von ihnen verlangte Arbeit leisten zu können zur Zufriedenheit des „Herrn“, die dabei aber unwissend genug sind, die von ihnen mit Fug und Recht an die Gesellschaft zu stellenden Ansprüche nicht zu kennen. Der moderne Unternehmer braucht zwar „brave“, d. h. fleißige Arbeitsmenschen, jedoch sollen dieselben für das erste außerdem die für den Fabrikanten sehr schätzbare Eigenschaft besitzen, sich mit Allem zu begnügen, was ihnen an Lohn u. dgl. bietet, und für das zweite sollen sie, selbst wenn schon in ihren Köpfen etwa eine Vorstellung davon aufdämmert, daß ihnen irgend ein Unrecht geschehen sei oder geschieht, unfähig sein, das ihnen zugefügte Unrecht von sich abzuwenden, sich dagegen zu wehren, dagegen anzukämpfen. Arbeiter, welche sich ihrer Rechte bewußt sind, „liebt“ der Unternehmer beivielem nicht so, als das indifferente, gefügige, willenlose und widerstandsunfähige Arbeits„kuli“, dessen eifrigstes Bestreben das ganze Leben hindurch nur Jenes ist, seinem „Herrn“ recht schnell die Taschen zu füllen.

Da nun aber die Arbeitervereine es als ihre Lebensaufgabe betrachten, die Arbeiter aufzuklären über die Wichtigkeit

Ihrem Stellung in der Menschheit, sie vertraut zu machen mit dem Masse ihrer Rechte und Pflichten, und weil insbesondere die Gewerkschaften es nie unterlassen, aus dem willkürlichen, den Launen des Arbeitgeber vollständig unterworfenen Lohnsklaven einen Mann zu machen, der sich seiner Haut zu wehren versteht, weil sie aus einer planlos handelnden Masse eine zielbewusste, disziplinierte Arbeiterschaft macht und bergestalt in der That in die Lage kommt, Einfluß zu nehmen auf die Bedingungen, unter welchen der Arbeiter gezwungen ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen und ihn solchermaßen vor allzu großer Erniedrigung und Schaden bewahrt und zur Verbesserung der Lage des arbeitenden Proletariats überhaupt beiträgt, deshalb versuchen heute mehr denn je die Fabrikanten den Arbeitern das bisherige Recht auf Koalition, welches ihnen gesetzlich gewährleistet ist, zu schmälern, wenn nicht gänzlich illusorisch zu machen.

Große Aufgaben warten des Proletariats, und nur von diesem selbst werden und können diese Aufgaben gelöst werden; nur das Proletariat allein kann und wird der Befreier sein der darbenenden und geknechteten Menschheit. Und zur Lösung dieser Aufgaben hat sich das Proletariat vorzubereiten, seine Kräfte zu sammeln. Und kampffähig, seiner Aufgabe gewachsen, wird das Proletariat dann umso eher, wenn die Arbeiterschaft alle, aber auch alle Mittel anwendet, um aus dem armen ausgezogenen Lohnsklaven, der schon fast zum Thiere herabgesunken ist, einen körperlich kräftigen und gesunden, aber auch im Vollbesitze aller Geisteskräfte befindlichen Menschen zu machen. Und eines der Mittel hierzu, und zwar nicht das unwichtigste, ist auch die Gewerkschaftsorganisation. Nicht das Einzige, sondern nur eines der vielen Mittel.

Allem voran geht unbestreitbar die politische Thätigkeit, der Kampf auf dem heissen Boden der Politik. Die Gewerkschaftsorganisation und Gewerkschaftsbewegung trägt aber nicht — indem sie innerhalb eines bestimmten Gewerbes z. nach Möglichkeit in die Arbeitsverhältnisse regelnd und verbessernd eingreift, die Lebenshaltung des Arbeiters zu erhöhen und ein Sinken desselben hintanzuhalten sucht — am Wenigsten dazu bei, daß das arbeitende Proletariat auch seine weitergehenden Interessen kennen und zu wahren lernt. Die Gewerkschaftsbewegung ist ein integrierender Theil der auf Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes, nach „Menschwerdung“, abzielenden Bestrebungen. Und als solches darf sie auch nicht unterschätzt werden.

Zur Wahrung ihrer näherliegenden wirtschaftlichen Interessen haben auch seit geraumer Zeit die Unternehmer Vereinigungen, u. zwar nach Industrien, unter sich geschaffen, welche einen sehr ausgedehnten Wirkungskreis besitzen, und deren sich die Herren Fabrikanten mit vielem Geschick und Erfolg auch gegen die Arbeiter zu bedienen wissen. Umso mehr erwächst aus diesem Umstande für jeden Arbeiter, dem sein eigenes Wohl und das seiner Familie nur einigermaßen am Herzen liegt, die Pflicht, Gleiches zu thun, d. h. sich einer Gewerkschafts-Organisation anzuschließen und Schulter an Schulter mit seinen Arbeitsgenossen anzukämpfen gegen die übermäßige Ausbeutung und dem daraus naturgemäß folgenden unausbleiblichen völligen Ruine des arbeitenden Proletariats.

**Der Nationalreichtum und seine Verteilung.**

Die Gesamtsumme der durch die Arbeit eines Volkes innerhalb eines Jahres erzeugten Reichtümer nennt man National-Einkommen. Das National-Einkommen muß seine Herren resp. seine Aneigner

haben, d. h. es muß in irgend einer Form zur Verteilung gelangen. Und es gelangt zur Verteilung.

Es gibt im Großen und Ganzen aber nur drei Einkommensformen. Diese sind bekannt unter dem Namen: Kapitalgewinn, Bodenrente und Arbeitslohn. Man mag nun jede dieser drei Kategorien wieder in Unterabteilungen anders klassifizieren, dem Wesen nach bleiben sie — und nur sie allein — doch bestehen.

Es ist begreiflicher Weise ziemlich gleichgültig, wie viel von demjenigen Reichtum des nationalen Einkommens, welcher unter dem Titel Kapitalgewinn, welcher unter dem Titel Profit, Unternehmergeinn, Zins oder Dividende auf besondere Klippen innerhalb der Kapitalistenklasse fallen mag. Die Thatsache mag genügen, daß Profit oder Dividende an die Kapitalistenklasse für nichtgeleistete Arbeit fallen und folglich kurzweg als Kapitalgewinn bezeichnet werden dürfen.

Bei der Bodenrente gibt es für den gleichen Begriff unter verschiedenen Voraussetzungen auch verschiedene Bezeichnungen, welche aber das Wesen der Sache gleichfalls nicht verändern. Für städtischen vermieteten Grundbesitz spricht man von Miete, bei vermieteten Gütern von Pacht, bei Erz- oder Kohlenlagern von Gewinn und doch liegt nur der Begriff der Bodenrente diesen verschiedenen vom Grund und Boden abgeleiteten Einkommenssteuern zu Grunde.

Auch den Arbeitslohn hat ja die kapitalistische Sprachverschiedenheit in Lohn, Gehalt, Salär, Honorar, Gage u. s. w. verlausulirt, obgleich die verschiedenen Bezeichnungen doch den Charakter der Entlohnung für geleistete Dienste in fremdem Interesse nicht aufgeben, nicht ändern.

Vestügt auf diese Erwägungen beschäftigt sich das „Philadelphia Tageblatt“ mit dem National-Einkommen für die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Dasselbe beträgt jährlich ungefähr 12 000 000 000 Dollars. Diese Summe muß in irgend einer Form zur Verteilung gelangen, denn es ist klar, daß Alles, was im Laufe eines Jahres an Gütern geschaffen wird, auch seinen Herrn findet.

Wir finden nun in der Bevölkerung drei große Kolonnen, welche um diesen durch Arbeit erzeugten Reichtum streiten. Diese drei Kolonnen sind die Kapitalisten, die Grundeigentümer und die Lohnarbeiter.

Hier erkennen wir denn auch gleich die Blödsinnigkeit der Harmonie-Apostel, die nicht müde werden zu behaupten, daß eine Interessengemeinschaft zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten möglich sei. Jeder vernünftige Mensch sieht nämlich sofort, daß, wenn drei Klassen oder drei Personen sich bei der Verteilung einer bestimmten Summe herandrängen, da nicht mehr von Interessengemeinschaft die Rede sein kann, weil, was der Eine von den Dreien mehr für sich begehrt und erlangt, den anderen Beiden entzogen wird. Jede der drei Kolonnen verlangt aber vom National-Einkommen den Löwenanteil für sich und jede der Kolonnen streitet gegen die Aneignung desselben durch die Anderen.

Das ist der große Streit zwischen Kapital und Farmerthum andererseits, welcher sich gegenwärtig vor aller Augen und doch so wenig begriffen, abspielt. Es brecht sich um die Verteilung des durch die nationale Arbeit erzeugten Reichtums. Das Kapital ist durch Geiz und Einnichtungen riesig begünstigt, hält die Arbeiter und die Farmer in Abhängigkeit und eignet sich mit unmäßiger Gier den bei Weitem größten Theil der durch die Arbeit der Arbeiter und der Farmer erzeugten Reichtümer an, inbesseren der Arbeiter, genau so wie man auch die Farmer,

einen größeren Bruchtheil der durch die Arbeit erzeugten Güter für sich begehren.

Die Kapitalistenklasse will sich aber ihren Antheil nicht schmälern lassen und kämpft mit allen möglichen Mitteln für Erlangung eines möglichst großen Theiles des National-Einkommens, obgleich sie zu dem Zustandekommen desselben am allerwenigsten beigetragen hat. Die Klasse der Kapitalisten hat durch Anhäufung ungeheurer Reichtümer auch den ertragsfähigsten Grund und Boden in ihren Besitz gebracht und beansprucht folglich Kapitalgewinn und Grundrente zugleich. Dadurch allein gelang es ihr, die große Zahl der Kleinrentner, deren Kleinrentwirtschaft keine Ueberschüsse, wenigstens keine nennenswerthe Rente, abwirft, in eine so jämmerliche Stellung zu bringen, in welcher sie die Gegenwart vorfindet.

Von den 12 000 000 000 Dollars National-Einkommen der Vereinigten Staaten eignet sich die Kapitalistenklasse durch ein sehr komplizirtes und höchentwickeltes Ausbeutungssystem den Löwenanteil von über 7 000 000 000 Dollars an. Und der Rest von nahezu 5 000 000 000 Dollars verbleibt der gesammten, nützlichen Arbeit verrichtenden Bevölkerung des Landes zur Ernährung übrig. Die Kapitalistenklasse kann natürlich trotz ihrer Ausschweifung und trotz ihres entwickelten Luxus diese Reichtümer nicht verzehren. Sie muß also suchen, diese Ueberschüsse der erworbenen Güter in gewisse bleibende Formen pressen zu lassen und in ihrem Besitze anzuhäufen. Dies geschieht, indem sie mit den Ueberschüssen früherer Jahre in diesem Jahre Arbeiter dingt und neue Bahnen und neue Schiffe bauen läßt; indem sie neue Minen eröffnet, neue Fabriken errichtet, neue Maschinen herstellt, Banken und Paläste bauen, die Waarenvorräthe ins Ungeheuerliche vermehren läßt und über alle diese Güter, gleichviel in welcher Form sie kristallisiert und angehäuft werden, die Besitztitel behält.

Alle diese Güter läßt sie durch die Arbeit Anderer immer werthvoller gestalten. Der überflüssige kapitalistische Ausbeutungsertrag des einen Jahres reicht vollständig aus, die eigentlichen Reichtums-Erzeuger, nämlich die werththätigen Elemente der Bevölkerung im nächstfolgenden Jahre zu neuer Reichtums-Erzeugung zu Gunsten der Kapitalistenklasse in Bewegung zu setzen. Auf diese Weise kommt es, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Die Menge der unverzehrbaren, sich stetig in größerer Masse anhäufenden Güter wird dann Nationalreichtum genannt. Dieser vermehrt sich von Jahr zu Jahr, leider werden die Erzeuger des Nationalreichtums nicht reicher, sondern nur die Nichterzeuger, die Reichtumsaneigner, nämlich die Kapitalistenklasse.

Das „Journal of the Knights of Labor“ stellt fest, daß heute schon ein Drittel des gesammten Eigenthums in den Vereinigten Staaten weniger als hundert Personen gehört. Und dann die fortschreitende Tendenz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden.

Muß man da nicht Sozialdemokrat werden, man mag wollen oder nicht?

**Ueber das Sparen der Arbeiter**

läßt ein amerikanisches Bruderorgan sich aus wie folgt:

In der Wirtschaftslehre, welche in den jetzt herrschenden Kreisen maßgebend ist, spielt das Sparen eine Rolle. In allen möglichen Formen wird der Sparfame als einer der ersten bürgerlichen Tugenden das Wort geredet und wird sie als Mittel gepriesen, dem mittelst dessen Jeder es zum Wohlstand, zu einer unabhängigen Stellung in der menschlichen Gesellschaft und, wenn die nöthige Energie und Unternehmungsgelbst damit verbunden ist, auch zu Reichtum bringen kann. Gewiß ist Sparfame eine Tugend, die

von Jedem geübt werden sollte, wenn damit gemeint ist, daß Jeder mit dem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zur Erhaltung und Verschönerung des Daseins den möglichst weisesten und vernünftigsten Gebrauch machen und bei Veranschlagung derselben nicht nur an die Wünsche und Bedürfnisse des Augenblicks, sondern auch an die kommenden Tage und deren Erfordernisse denken sollte.

Einen anderen Sinn hat jedoch die Rathung zum Sparen, welche gewöhnlich von der besitzenden Klasse, von Denjenigen, welche nie um die Beschaffung einer guten Mahlzeit oder um die Erziehung eines abgetragenen Kleidungsstückes durch ein neues in Betracht kommen, gegenüber den von den organisierten Arbeiter vorgebrachten Forderungen geltend gemacht wird. Wenn man die wöchentlichen Durchschnittsverdienste der Arbeiter in den verschiedenen Industriezweigen in Betracht zieht, wie sie von den staatlichen Statistikern von Zeit zu Zeit festgesetzt werden, und die in weit mehr Fällen unter zehn Dollars als darüber betragen; wenn man ferner die Preise, welche sie für die Mittel zur Befriedigung ihrer täglichen Bedürfnisse zahlen müssen, damit vergleicht, so muß man zugeben, daß sie wahre Virtuosen im Sparen, d. h. im vernünftigen Verwenden des ihnen zu Gebote stehenden sein müssen, weil sie den Grad von Thätigkeit, Energie und Intelligenz bezeugen konnten, den sie heute noch besitzen.

Solchen Arbeitern größere Sparfame zuzumuthen, heißt nicht mehr vernünftiges Verwenden der vorhandenen Mittel zum Lebensunterhalt, sondern Beschränkung derselben verlangen. Wenn und soweit die Arbeiter diesem Verlangen nachkommen, hat Niemand einen Vortheil davon als die verhältnismäßig kleine Zahl Löhner, welche zur Klasse der Arbeitgeber gehören, und auch für diese ist der Vortheil, soweit er dem Einzelnen sichtbar wird, nur ein momentaner.

Eine solche Beschränkung im Konsum hat für die Arbeiter nicht die Folge, daß sich nun das Nichtverbrauchte in ihren Händen ansammelt; es hat nur zur Folge, daß sie nun durch Ansammlung des früher Verbrauchten selbst zu Kapitalisten und Arbeitgebern werden, wie man ihnen von Seiten der Besitzenden als Ermuthigung zum „Sparen“ vorhält. In Folge des bestehenden Konkurrenzsystems und in Folge der herrschenden Tendenz, die menschliche Arbeitskraft durch Anwendung von Maschinen immer mehr zu ersetzen, wird es nicht lange dauern, bis sie den Theil ihres Arbeitsertrags, auf dessen Verbrauch sie aus Sparjamkeit zurückzuführen bezüchteten, überhaupt nicht mehr bekommen; derselbe wird in den Händen der einzelnen Unternehmer bleiben, welche er in Folge desselben Konkurrenzsystems auch bald entschwinden muß, da die Waarenpreise um so viel sinken, oder doch um nahezu so viel, als die verringerten Produktionskosten ausmachen. Aber auch die Konsumenten haben, als Ganzes genommen, keinen Vortheil davon, denn die Massen derselben sind eben die Arbeiter, deren Antheil am Arbeitsertrag in Folge des Sparens so gesunken ist, wie wir oben gesehen haben, daß sie dafür nicht mehr so viele Genussmittel eintauschen können, als vorher bei höherem Preise.

Solche Art zu sparen auf Selten der Arbeiter hat die Folge, daß die Arbeiter schließlich gezwungen sind, auf Genüsse zu verzichten, welchen sie zwecks Sparens freiwillig entsagten und ihre Lebenshaltung stattdessen, während Wenige durch Monopolisierung von Verkehrswegen, Produktionsmitteln und des Handels immer reicher werden. Bessere Sparversuche dieser Art wirken schimmer in derselben Richtung. Die Arbeiter, also mindestens neun Zehntel des Volkes, verkommen körperlich und geistig immer mehr, ihre Abhängigkeit in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht wird immer größer und ihre Fähigkeit, der Erniedrigung zur vollständigen Arthelmschaft zu widerstehen, immer geringer; das ganze Volk sinkt auf eine niedrige Stufe der Kultur.

Das sind die Folgen der Sparfame, welche nach den Begriffen der herrschenden Klasse von Denen am meisten geübt werden soll, die am härtesten arbeiten und am wenigsten dafür bekommen. Von dieser Sparfame wollen die organisierten Arbeiter aber nichts wissen; zu solcher Sparfame sich nicht zwingen zu lassen, ist der Zweck ihrer Vereinigung. Sie haben eine andere Theorie über das Sparen und andere nationalökonomische Grundbegriffe als Diejenigen, welche das Sparen von Denen verlangen, für die es Entbehren bedeutet, und welche das Genießen von Denen als Tugend anrechnen, die es verstehen, das von Anderen Entbehren sich anzueignen.

Die organisierten Arbeiter halten allerdings viel vom Sparen, aber sie fangen damit an einem anderen Ende an, als unsere guten Freunde aus der Klasse der Wohlhabenden und Satten uns zumuthen. Das Sparen in unserem Sinne bedeutet weises Haushalten mit den Gütern, die man hat. Das vornehmste derselben ist Leben und Gesund-







